

Rudolf Hickel

Die Alternative zum Konjunkturprogramm durch Rüstungsexpansion: Öffentliches Infrastruktur- und Transformationsprogramm ohne Schuldenbremse

Kritik an der Strategie des „Kiel Reports: [Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups](#) (Autor Ethan Ilzetki)

Das Kieler „Institut für Weltwirtschaft“ (IfW) vollzieht mit dieser Studie eine ziemlich provokante Zeitenwende in der wirtschaftswissenschaftlichen Beratung. Neu entdeckt werden die positiven Wirkungen eines Nach- und Aufrüstungsprogramms für die Gesamtwirtschaft: Mit massiv erhöhten öffentlichen Ausgaben zur Herstellung der Kriegstüchtigkeit in der EU ebenso wie in Deutschland wird ein die Gesamtwirtschaft pushendes Ausgabenprogramm begründet. Auf der Basis eines makroökonomischen Modells wird behauptet: Durch die Steigerung der Verteidigungsausgaben im Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts von derzeit 2% auf 3,5 % in der EU lässt sich eine Zunahme des Wirtschaftswachstums zwischen 0,9 und 1,5% erreichen. Für den Bundeshaushalt heißt dies: Die Verteidigungsausgaben müssten von der Zielgröße von 86 Mrd. € bei 2 % auf 150 Mrd. € bei 0,35% steigen. Gegenüber der Finanzierung betont das IfW dies zu recht: Würden dazu Steuererhöhungen eingesetzt, dann sind kontraproduktive Wirkungen auf das Wachstumsziel zu erwarten. Daher wird ein über Kredite finanziertes Sondervermögen gefordert. Merz erhält mit seinem Plan zur Neuauflage des Sondervermögens Bundeswehr mit 200 Mrd. € aus Kiel Unterstützung. Die Botschaft erinnert an den in den 1950er Jahren in den USA propagierten Rüstungskeynesianismus. Dagegen rückt der wohlstandsorientierte Keynesianismus die Frage in den Mittelpunkt, welche zivilen Projekte mit den Staatsausgaben finanziert werden sollen.

Dieses Rüstungs-Konjunkturprogramm aus Kiel stellt die Weichen für Deutschland grundlegend falsch. Die dringend erforderliche Modernisierung der Wirt-

schaft wird auf den Vorrang auch für Innovationen zugunsten der Rüstungsproduktion konzentriert. Selbst ein neuer Schub der Digitalisierung für die Gesamtwirtschaft soll über den Rüstungssektor erzeugt werden. Statt die Wirtschaft auf die ökologische Transformation zu konzentrieren, wird die Rüstungsindustrie zum Leitsystem künftiger Wirtschaftsentwicklung. Sondervermögen gegen die Klimakatastrophe und die marode Infrastruktur geraten dadurch fiskalisch in den Hintergrund. Die Kreditfinanzierung des Rüstungsprogramms ist mit dem Verweis auf Vorteile für die künftige Generation nicht zu rechtfertigen. Denn nur öffentliche Investitionen in nachhaltiges Wirtschaften begründen für künftige Generationen ökologisch fundierten Wohlstand. Deshalb ist auch deren finanzielle Beteiligung an der Finanzierung der Sondervermögen über künftige Zinszahlungen und Tilgungen sinnvoll. Rüstungsausgaben sind für die äußere Sicherheit zwar notwendig, ökonomisch im engeren Sinne jedoch unproduktiv und am Ende mangels Investitionswirkung konsumtiv. Das IFW versäumt auch noch, absehbare Verluste beim nachhaltigen Wirtschaftswachstum durch die Dominanz der Rüstungswirtschaft in den Modellrechnungen zu berücksichtigen.

Kein Zweifel, auch die äußere Sicherheit ist ein öffentliches Gut, das durch den Staat finanziert werden muss. Die Rüstungswirtschaft darf jedoch nicht die Führungsrolle in der ökonomisch-ökologischen Gesamtentwicklung übernehmen. Ziel ist eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaft, die den finanziellen Rahmen für Verteidigungsausgaben schafft. ++++